

Höhere „Regensteuer“ ist laut Verwaltung unumgänglich

GEBÜHREN Am Donnerstag befasst sich die Politik mit dem Thema

VON PATRIK REINARTZ

Weilerswist. Wenn man polemisch sein wollte, dann könnte man es so formulieren: Die „Regensteuer“ ist in Weilerswist noch gar nicht eingeführt, und schon steht die erste Erhöhung ins Haus. Für Bürgermeister Peter Schlösser gibt es allerdings keinerlei Alternative zur Anhebung der Gebührensätze, mit der sich der Ausschuss für Ab-

wasserbeseitigung und Entsorgung (17 Uhr) und der Gemeinderat (18 Uhr) am kommenden Donnerstag im Rathaus zu befassen haben.

Das Oberverwaltungsgericht Münster hatte vor einigen Jahren entschieden, dass bei der Abwassergebühr auch versiegelte Flächen berücksichtigt werden müssen. Um deren Größe zu ermitteln, hatte die Gemeinde Weilerswist im Jahr 2008 Luftbilder von allen Grundstücken anfertigen lassen. Die Eigentümer hatten dann die Gelegenheit, Stellung zu den erhobenen Daten zu nehmen. Wie Bürgermeister Peter Schlösser jetzt im Gespräch mit dem „Kölner Stadt-

Anzeiger“ erläuterte, waren manche Streitfragen aber nur durch Ortsbegehungen zu klären. Dies hat zu Verzögerungen geführt. Andere Gebäude gab es 2008 noch gar nicht. Schlösser: „Das dm-Lager war 2008 zum Beispiel noch im Bau.“ Deswegen konnte man damals noch überhaupt nicht feststellen, welche Flächen über den Kanal entwässert werden und welche nicht.

Klageverfahren möglich

Der Rat hatte bereits im Februar eine Gebührensatzung erlassen, aber aufgrund der neuen Daten hat sich die Größe der versiegelten Flächen um rund 127 000 Qua-

dratmeter verringert. Die Gebührensätze müssen deswegen laut Verwaltung angehoben werden, denn die Bilanz muss unterm Strich ausgeglichen sein. Schlösser: „Wir müssen uns auch rechtlich absichern, sonst bekommen wir in Klageverfahren, mit denen durchaus zu rechnen ist, gleich eins auf die Nase.“ Es sei rechtlich nicht zulässig, willkürlich einen Beitragssatz festzulegen. Die Gebühreneinnahmen müssen so kalkuliert sein, dass sie die Kosten decken.

Die Verwaltung schlägt deswegen vor, die Abwassergebühr für 2011 von 75 auf 80 Cent pro Quadratmeter versiegelter Fläche zu

erhöhen. Die Gebühr muss rückwirkend bis 2007 erhoben werden; die Erhöhungen für die zurückliegenden Jahre liegen zwischen vier und 13 Cent. Für 2007 bis 2011 beläuft sich die Erhöhung auf insgesamt 39 Cent pro Quadratmeter.

Schlösser wurmt es indes, dass er eine Ankündigung nicht einhalten kann: „Ursprünglich hatte ich den Bürgern ja gesagt, dass die Gebührenbescheide im Juli vorliegen sollen.“ Nun muss die neue Satzung erst einmal beschlossen werden, die Bescheide können wohl frühestens Ende September an die Grundstückseigentümer verschickt werden.

